S 36 AS 3751/13

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Grundsicherung für Arbeitsuchende
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Grundsicherung für Arbeitsuchende - Einkommensberücksichtigung - Nichtberücksichtigung ausgezahlter Raten eines Studienkredits einer Bank - Privatdarlehen - Rückzahlungspflicht - keine zweckbestimmte Einnahme
Leitsätze	Ausgezahlte Raten aus einem Privatdarlehen (hier: Studienkredit) stellen kein zu berücksichtigendes Einkommen dar, auch wenn sie zur Deckung des Lebensunterhaltes verwendet werden können und den Lebensstandard erhöhen.
Normenkette	SGB II § 11 Abs 1 S 1 ; SGB II § 11 Abs 1 S 2 F: 2011-05-13; SGB II § 11a Abs 3 S 1 ; SGB II § 1 Abs 2 S 1 ; SGB II § 2 Abs 2 ; SGB II § 20 Abs 1 S 4

1. Instanz

Aktenzeichen	S 36 AS 3751/13
Datum	14.10.2016

2. Instanz

Aktenzeichen	L 7 AS 1565/16
Datum	23.10.2019

3. Instanz

Datum	08.12.2020
-------	------------

Â

Die Revision des Beklagten gegen das Urteil des Thüringer Landessozialgerichts vom 23.Â Oktober 2019 wird zurÂ ckgewiesen.

Der Beklagte hat auch die außergerichtlichen Kosten der Klägerin im Revisionsverfahren zu tragen.

Ä

Gründe :

I

Ä

1

Die Beteiligten streiten darüber, ob Zahlungen aus einem Studienkredit als Einkommen einem Anspruch auf Alg II für Juni und Juli 2013 entgegenstehen.

Ä

2

Die 1984 geborene, erwerbsfähige Klägerin beantragte im Juni 2013 Leistungen nach dem SGB II. Sie war vom 1.11.2010 bis 4.5.2012 als Rechtsreferendarin und danach bis 31.5.2013 als wissenschaftliche Hilfskraft tätig. Zum 1.8.2013 trat sie erneut in den juristischen Vorbereitungsdienst ein. Von Januar 2012 bis 31.12.2013 absolvierte die Klägerin ein berufsbegleitend konzipiertes postgraduales Fernstudium (Masterstudiengang „Kriminologie und Polizeiwissenschaft“). Zulassungsvoraussetzung waren der erfolgreiche Abschluss eines Hochschulstudiums und eine mindestens einjährige Berufstätigkeit. Dieses Studium mit einer Regelstudienzeit von vier Semestern war geprägt durch E-Learning. Präsenzphasen beschränkten sich in der Regel auf die Tage Freitag bis Samstag.

Ä

3

Im März 2012 hatte die Klägerin bei der Deutschen Bank AG (im Folgenden: Bank) einen sog. „Studentenkredit“ aufgenommen, dessen Verwendungszweck im schriftlichen Darlehensvertrag mit „Finanzierung von Studiengebühren und Lebensunterhalt für ein Studium im o.g. Studiengang“ bezeichnet war (*Darlehensvertrag vom 22.3.2012*). Von April 2012 bis Dezember 2013 zahlte die Bank monatlich 800 Euro aus. Das Darlehen war am 30.12.2014 in Höhe von 18.753,73 Euro zur Rückzahlung fällig. Über weitere Einnahmen oder Vermögen verfügte die Klägerin nicht. Für die von ihr zusammen mit einer Mitbewohnerin gemieteten Wohnung wandte sie monatlich 312,50 Euro auf, was der Hälfte der anfallenden Warmmiete von 625 Euro entsprach.

Ä

Den Leistungsantrag lehnte der Beklagte ab ([Bescheid vom 10.7.2013; Widerspruchsbescheid vom 26.9.2013](#)). Die KlÄgerin habe einen Bedarf von 694,50Â Euro monatlich, der durch die in HÄlle von 770Â Euro als Einkommen zu berÄcksichtigenden monatlichen Zahlungen aus dem Studienkredit vollstÄndig gedeckt sei. Die KlÄgerin sei frei, wie sie die Zahlung verwende. Im Äbrigen werde der Kredit allein deswegen gezahlt, weil die KlÄgerin aus ihrem persÄnlichen Befinden heraus ohne Notwendigkeit einen weiteren Bildungsweg eingeschlagen habe.

Ä

Die Klage gegen diesen Bescheid blieb erfolglos (*Urteil des SG vom 14.10.2013*). Der Studienkredit sei mit der Konzeption des im Meister-BAfÄG enthaltenen Darlehensanteils in wesentlichen Punkten vergleichbar und dieser sei nach der Rechtsprechung des BSG aufgrund der Zweckgestaltung der FÄhrderung als Einkommen zu berÄcksichtigen. Das LSG hat das Urteil des SG sowie den angefochtenen Bescheid aufgehoben und den Beklagten antragsgemÄÄ verurteilt, [fÄr den Zeitraum vom 1.6.2013 bis zum 31.7.2013 monatlich 694,50Â Euro AlgÄ II zu zahlen](#) (*Urteil vom 23.10.2019*). Die Zahlungen von 800Â Euro monatlich aus dem Darlehensvertrag seien als nur vorÄbergehend zur VerfÄgung gestellte Mittel nicht als Einkommen anzurechnen. [ÄÄ 11 AbsÄ 1 SatzÄ 2 SGBÄ II](#) aF sehe allein die BerÄcksichtigung darlehensweise gewÄhrter Sozialleistungen vor. FÄr eine Differenzierung nach dem Zweck des Darlehens finde sich keine rechtliche Grundlage. Bei dem Kredit der KlÄgerin handele es sich nach den Darlehensbedingungen auch nicht um einen KfW-Studienkredit, sondern um einen solchen einer Privatbank. Im Äbrigen wÄre auch ein KfW-Studienkredit keine Sozialleistung. Entgegen der Auffassung des SG sei der Privatkredit der KlÄgerin auch nicht mit dem sog. âMeister-BAfÄGâ nach dem Gesetz zur FÄhrderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung (AFBG) vergleichbar, nur weil damit eine Ausbildung finanziert werde.

Ä

Mit seiner vom LSG zugelassenen Revision rÄgt der Beklagte eine Verletzung des [ÄÄ 11 AbsÄ 1 SatzÄ 1 SGBÄ II](#). Er macht geltend, dass âdie fÄhrderrechtlichen Grundlagen des Kredits, bedingt durch die Vergabe mittels der KfW-Richtlinien, im Äffentlichen Recht fuÄgenâ. Es habe sich auch nicht um einen Kredit zur ÄberbrÄckung einer Notsituation gehandelt. [Eine entscheidungserhebliche Relevanz habe zudem die Zweckbestimmung des Kredits, wie sie in ÄÄ 11a AbsÄ 3 SatzÄ 1 SGBÄ II explizit fÄr Äffentlich-rechtliche Leistungen normiert sei](#) und hier zur BerÄcksichtigung als Einkommen fÄhre.

Â

7

Der Beklagte beantragt,
das Urteil des Thüringer Landessozialgerichts vom 23.Â Oktober 2019 aufzuheben
und die Berufung der KlÃ¤gerin zurÃ¼ckzuweisen.

Â

8

Die KlÃ¤gerin beantragt,
die Revision zurÃ¼ckzuweisen.

Â

9

Sie hÃ¤lt das Urteil des LSG fÃ¼r zutreffend.

Â

11

Â

10

Die zulÃ¤ssige Revision des beklagten Jobcenter der Stadt Jena, ein zugelassener kommunaler TrÃ¤ger ([Â§ 6a SGB II](#) iVm der *Zweite Verordnung zur Ãnderung der KommunaltrÃ¤ger-Zulassungsverordnung vom 14.4.2011* [âÂ BGI I 645](#)), ist unbegrÃ¼ndet und zurÃ¼ckzuweisen ([Â§ 170 Abs 1 Satz 1 SGG](#)). Das LSG hat ohne Verletzung von Bundesrecht (*vgl. Â§ 162 SGG*) auf die Berufung der KlÃ¤gerin das klageabweisende Urteil des SG aufgehoben und den Beklagten antragsgemÃ¤Ã verurteilt. Es besteht ein Anspruch der KlÃ¤gerin auf Alg II fÃ¼r den Zeitraum vom 1.6.2013 bis 31.7.2013 in HÃ¶he von monatlich 694,50Â Euro.

Â

11

Gegenstand des Revisionsverfahrens ist neben den vorinstanzlichen Entscheidungen der Bescheid des Beklagten vom 10.7.2013 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 26.9.2013, durch den diese Leistungen abgelehnt hat. Streitbefangen ist ein Leistungsanspruch allein fÃ¼r den Zeitraum Juni und Juli 2013. Der Beklagte hat [âÂ](#) entsprechend des insofern begrenzten Leistungsantrages der KlÃ¤gerin [âÂ](#) nur fÃ¼r diese beiden Monate eine

Entscheidung getroffen. Zwar enthält der Bescheid vom 10.7.2013 im Verfügungsatz selbst keine zeitliche Beschränkung. Allerdings ergibt sich aus dem Berechnungsbogen, der Teil des Bescheides ist, dass eine Anspruchsprüfung nur für Juni und Juli 2013 durchgeführt worden ist (vgl. *Aubel in Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB II, 5. Aufl. 2020, § 37 RdNr. 34 aE*). Ihr Klageziel verfolgt die Klägerin zutreffend mit der kombinierten Anfechtungs- und Leistungsklage ([§ 54 Abs. 1 Satz 1, § 54 Abs. 4 SGG](#)).

Ä

12

Rechtsgrundlage für den Anspruch der Klägerin auf Alg II sind [§§ 19 ff und § 7 ff SGB II](#) in der Fassung, die das SGB II für den streitbefangenen Zeitraum durch das Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze vom 7.5.2013 (*BGBI I 1167*) erhalten hat (*Geltungszeitraumprinzip, vgl. nur BSG vom 19.10.2016 – B 14 AS 53/15 R – SozR 4 – 4200 § 11 Nr. 78 RdNr. 14 f*).

Ä

13

Die 1984 geborene Klägerin gehörte zum leistungsberechtigten Personenkreis iS des [§ 7 Abs. 1 Satz 1 SGB II](#), denn sie war erwerbsfähig und hatte ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Ausschlussstatbestand lag nicht vor. Insbesondere war die Klägerin nicht als Studentin eines im Rahmen des BAföG dem Grunde nach fürderungsfähigen Studiums iS von [§ 7 Abs. 5 SGB II](#) in der bis zum 31.7.2016 geltenden Fassung vom Leistungsbezug ausgeschlossen. Das von ihr absolvierte (Master-)Studium war nach den nicht mit Verfahrensrügen angegriffenen Feststellungen des LSG ([§ 163 SGG](#)) berufsbegleitend konzipiert und nahm ihre Arbeitskraft nicht voll in Anspruch. Eine fürderung nach dem BAföG war deshalb nach [§ 2 Abs. 5 Satz 1 BAföG](#) ausgeschlossen. Insoweit handelt es sich wegen der generellen Konzeption dieses Studiums um einen Ausschluss schon der abstrakten fürderungsfähigkeit; individuelle Versagensgründe waren für den Ausschluss nicht von Bedeutung (vgl. zur Abgrenzung *BSG vom 27.9.2011 – B 4 AS 145/10 R – SozR 4 – 4200 § 7 Nr. 26 RdNr. 15 ff*).

Ä

14

Entgegen der Auffassung des Beklagten war die Klägerin im Juni und Juli 2013 auch hilfebedürftig. Ihr monatlicher Bedarf betrug 694,50 Euro, der sich zusammensetzte aus dem Regelbedarf in Höhe von 382 Euro (*Regelbedarfsstufe 2 nach § 20 Abs. 4 und Abs. 5 SGB II iVm der Bekannmachung über die Höhe der Regelbedarfe nach § 20 Absatz 5*

des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch fr die Zeit ab 1. Januar 2013 (vom 18.10.2012 (BGBl. I 2175) und einem Bedarf fr Unterkunft und Heizung ([22 Abs. 1 Satz 1 SGB II](#)) in Hhe der tatschlichen monatlichen Kosten von 312,50 Euro. Dieser Bedarf war weder durch Vermgen noch durch Einkommen gemindert.

15

Die im Juni und Juli 2013 ausgezahlten Raten aus dem Studienkredit in Hhe von jeweils 800 Euro stellen kein zu bercksichtigendes Einkommen dar. Nach [11 Abs. 1 Satz 1 SGB II](#) in der bis zum 31.7.2016 geltenden Fassung sind als Einkommen zu bercksichtigen Einnahmen in Geld oder Geldeswert abzgl. der nach [11b SGB II](#) abzusetzenden Betrge mit Ausnahme der in [11a SGB II](#) genannten Einnahmen. Einkommen ist nach der stndigen Rechtsprechung des BSG grundstzlich alles, was jemand nach Antragstellung wertmssig dazu erhlt (*stRspr*; vgl. BSG vom 30.7.2008 (B 14 AS 26/07 R) (SozR 44200 11 Nr. 17 RdNr. 23; BSG vom 30.9.2008 (B 4 AS 29/07 R) (BSGE 101, 291 = SozR 44200 11 Nr. 15, RdNr. 18; zuletzt etwa BSG vom 24.6.2020 (B 4 AS 9/20 R, zur Verffentlichung in SozR 44200 11 Nr. 88 vorgesehen, RdNr. 24). Ein wertmssiger Zuwachs liegt dann vor, wenn die Einnahme eine nderung des Vermgensstandes bewirkt. Nach Sinn und Zweck der Regelungen zur Einkommensbercksichtigung muss der Zuwachs an Mitteln dem Hilfebedrftigen zur endgltigen Verwendung verbleiben, denn nur dann lsst er seine Hilfebedrftigkeit dauerhaft entfallen (BSG vom 17.6.2010 (B 14 AS 46/09 R) (BSGE 106, 185 = SozR 44200 11 Nr. 30, RdNr. 16; BSG vom 20.12.2011 (B 4 AS 46/11 R) (SozR 44200 11 Nr. 45 RdNr. 16; BSG vom 16.2.2012 (B 4 AS 94/11 R) (SozR 44200 11 Nr. 48 RdNr. 18).

16

Ein Darlehen, das an den Darlehensgeber zurckzahlen ist, stellt als lediglich vorbergehend zur Verfgung gestellte Leistung kein Einkommen dar (BSG vom 17.6.2010 (B 14 AS 46/09 R) (BSGE 106, 185 = SozR 44200 11 Nr. 30, RdNr. 16, zum Darlehen von Verwandten). Dies gilt zum einen unabhngig davon, ob es zur Deckung des Lebensunterhalts verwendet werden kann. Zum andern ist, anders als vom BVerwG fr die Sozialhilfe angenommen, nach der Rechtsprechung des BSG im Regelungszusammenhang des SGB II auch ohne Bedeutung, ob es sich bei dem Darlehen um eine sog. Nothilfeleistung im Falle nicht rechtzeitiger Leistung durch den Grundsicherungstrger handelt (BSG vom 17.6.2010 (B 14 AS 46/09 R) (BSGE 106, 185 = SozR 44200 11 Nr. 30, RdNr. 17 mwN).

Dieses Ergebnis wird gesetssystematisch gestützt durch [Ä§Ä 11 AbsÄ 1 SatzÄ 2 SGBÄ II aF](#) (seit 1.8.2016 [Ä§Ä 11 AbsÄ 1 SatzÄ 3 SGBÄ II](#)), wonach auch Zuflüsse aus darlehensweise gewährten Sozialleistungen, soweit sie dem Lebensunterhalt dienen, als Einkommen zu berücksichtigen sind. Mit dieser zum 1.4.2011 durch das Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung anderer Vorschriften des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 24.3.2011 (*BGBIÄ I 453*) eingefügten Regelung sollte nach den Gesetzesmaterialien klargestellt werden, dass zufließende Darlehensbeträge aus Sozialleistungen Einnahmen darstellen ([BT-Drucks 17/3404 SÄ 94](#)). Eine entsprechende Regelung für Privatarlehen ist seinerzeit obwohl das Urteil des BSG zum Verwandtendarlehen vom 17.6.2010 ([BÄ 14Ä AS 46/09Ä RÄ ä BSGE 106, 185 =Ä SozR 4Ä 4200 Ä§Ä 11 NrÄ 30](#)) bekannt war im Rahmen dieser Reform und im Übrigen auch bei der späteren Änderung des [Ä§Ä 11 AbsÄ 1 SGBÄ II](#) zum 1.8.2016 durch das sog. Rechtsvereinfachungsgesetz vom 26.7.2016 (*BGBIÄ I 1824*) unterblieben, was im Rückschluss für die Nichtanrechenbarkeit solcher Darlehen spricht (vgl. *Geiger in LPKÄ SGBÄ II, 7.Ä Aufl 2020, Ä§Ä 11 RdNrÄ 59; Schäfers in Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGBÄ II, 5.Ä Aufl 2020, Ä§Ä 11 RdNrÄ 57, Stand 26.6.2020; Hengelhaupt in Hauck/Noftz, SGBÄ II, KÄ Ä§Ä 11 RdNrÄ 217, StandÄ XII 2019*). Denn die besondere Erwähnung nur darlehensweise erbrachten Sozialleistungen wäre, worauf das LSG zur Recht hinweist, überflüssig, wenn ohnehin alle darlehensweisen Zuflüsse Einkommen darstellen würden.

Daran gemessen sind die Zahlungen der Bank an die Klägerin kein Einkommen. Rechtsgrundlage dafür war der Vertrag vom März 2012 über einen Studienkredit. Nach den tatsächlichen Feststellungen des LSG zu dessen Inhalt handelt es sich um einen Darlehensvertrag, wonach die monatlich bis Dezember 2013 ausgezahlten Darlehensleistungen von der Klägerin zusätzlich Zinsen und Bearbeitungskosten zum 30.12.2014 zur Rückzahlung fällig waren. Die Auszahlungen an die Klägerin waren daher nicht geeignet, ihr Vermögen dauerhaft zu vermehren, also nach den aufgezeigten Umständen kein Einkommen. Der Darlehensvertrag war zudem zwischen Privatrechtssubjekten abgeschlossen worden, der Klägerin und der als AG errichteten Bank, die nicht mit öffentlichen Aufgaben betraut ist. Dem weiteren Inhalt lassen sich auch keine Anhaltspunkte dafür entnehmen, dass öffentlich-rechtliche Vorschriften, wie der Beklagte vorbringt, für den Vertrag von Bedeutung wären. Ob andere Kredite auf einer abweichenden rechtlichen Grundlage etwa ein Förderkredit der als Anstalt des öffentlichen Rechts begründeten Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW-Bank) öffentlich-rechtlichen Charakter haben können, war vor diesem Hintergrund nicht zu entscheiden. Die hier zu beurteilenden Zahlungen sind

jedenfalls keine öffentlich-rechtlichen Leistungen und damit auch keine darlehensweise gewährte Sozialleistungen iS von [Â§Â 11 AbsÂ 1 SatzÂ 2 SGBÂ II](#) aF.

Â

19

Nichts anderes folgt aus der Entscheidung des Senats zur Berücksichtigung des Darlehensanteils des Unterhaltsbeitrags nach dem AFBG, dem sog. "Meister-BAfG" (BSG vom 16.2.2012 - B 4 AS 94/11 R - SozR 4-4200 [Â§Â 11 NrÂ 48](#)). Denn bei dieser Leistung handelt es sich unzweifelhaft um eine öffentlich-rechtliche Leistung, deren Berücksichtigung als Einkommen das BSG aus der besonderen Zielrichtung der Forderung abgeleitet hat. Mit einem privatrechtlichen Darlehen der vorliegenden Art ist der Unterhaltsbeitrag nach dem AFBG nicht vergleichbar.

Â

20

Anders als der Beklagte meint, kommt der Zweckbestimmung des Bankdarlehens auch unter Berücksichtigung von [Â§Â 11a AbsÂ 3 SatzÂ 1 SGBÂ II](#) keine entscheidungserhebliche Relevanz zu. Die Vorschrift bestimmt allein für öffentlich-rechtliche Leistungen bei einer dem Zweck der Leistungen nach dem SGBÂ II abweichenden Zweckbestimmung, dass solche nicht als Einkommen zu berücksichtigen sind. Abgesehen davon, dass die Zahlungen hier schon keine öffentlich-rechtlichen Leistungen sind, setzt die Anwendung von [Â§Â 11a AbsÂ 3 SGBÂ II](#) systematisch voraus, dass es sich bei der Leistung überhaupt um Einkommen iS von [Â§Â 11 AbsÂ 1 SGBÂ II](#) handelt, was nicht der Fall ist.

Â

21

Die Auffassung des Beklagten zur Berücksichtigungspflicht von zur Bestreitung des Lebensunterhalts vorgesehener Darlehen als Einkommen widerspricht im übrigen Aufgabe und Ziel der Grundsicherung. Nach [Â§Â 1 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ II](#) soll ua die Eigenverantwortung von Leistungsberechtigten gestärkt werden. Davon ist nach [Â§Â 20 AbsÂ 1 SatzÂ 4 SGBÂ II](#) ausdrücklich umfasst, eigenverantwortlich zu entscheiden, wie Grundsicherungsleistungen konkret verwendet werden, was wiederum mit dem Regelungskonzept des SGBÂ II korrespondiert, nach dem einzelne Bedarfe anders als noch als nach dem Bundessozialhilfegesetz â pauschal befriedigt werden (vgl. nur Lenz in LPK-SGBÂ II, 7. Aufl 2020, [Â§Â 20 RdNrÂ 23 ff](#); Behrend in Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGBÂ II, 5. Aufl 2020, [Â§Â 20 RdNrÂ 27 ff](#), Stand 2.7.2020). Voraussetzung für eigenverantwortliches Handeln in diesem Sinne ist indessen die Freiheit, Grundsicherungsleistungen auch für Bedarfe einzusetzen, die nicht oder nicht vollständig durch die gewährten

Leistungen abgedeckt sind. In einem gewissen Umfang geschieht dies etwa bezogen auf hÄhere (iS von [Ä§ 22 Abs 1 Satz 1 SGB II](#) âunangemesseneâ) Bedarfe f¼r Kosten der Unterkunft. So betrug im Jahr 2018 nach Auskunft der Bundesregierung auf eine Anfrage im Bundestag die Differenz von tatsÄchlichen und anerkannten Kosten der Unterkunft und Heizung bundesweit etwa 538 Millionen Euro und betraf ca 546 000 Bedarfsgemeinschaften (vgl [BT-Drucks 19/13029 S 3](#)).

Ä

22

Gelingt es dem LeistungsempfÄnger Darlehen zur Finanzierung weitergehender Bedarfe zu erhalten, was insbesondere bei einer gÄnstigen Eingliederungsprognose nicht fernliegend ist, darf dies nicht den GrundsicherungstrÄger entlasten. WÄre das der Fall, wÄrde sich die Aufnahme eines Darlehens in der Regel f¼r LeistungsempfÄnger als wirtschaftlich sinnlos erweisen. Diese setzen sich persÄnlich einer R¼ckzahlungspflicht aus, ohne letztlich mehr Mittel zur Verf¼gung zu haben. Dementsprechend vermÄgen auch Einsparungen, die der LeistungsempfÄnger bei einzelnen Bedarfen des Lebensunterhalts vornimmt, um Leistungen anderweitig zu verwenden, nicht den LeistungstrÄger zu entlasten, weil es dem Konzept pauschaler Befriedigung von Bedarfen widersprechen wÄrde.

Ä

23

SchlieÄlich reicht auch der in [Ä§ 2 Abs 2 SGB II](#) verankerte sog Selbsthilfegrundsatz (*dazu letztens BSG vom 24.6.2020 âÄ BÄ 4Ä AS 9/20Ä R, zur VerÄffentlichung in SozR 4â4200 Ä§ 11 NrÄ 88 vorgesehen, RdNrÄ 33*) nicht so weit, dass es den Leistungsberechtigten faktisch untersagt ist, ungedeckte Bedarfe durch Verbraucherdarlehen zu finanzieren. Vielmehr ist es ihnen trotz des Bezugs von Grundsicherungsleistungen gestattet, ihren Lebensstandard âÄ wie es die KlÄgerin hier getan hatÄ â f¼r die Äbergangszeit des Leistungsbezugs durch Darlehen, die alleine sie selbst irgendwann zur¼ckzahlen haben, auf einem Niveau zu erhalten, das unabhÄngig von der HÄhe der Grundsicherungsleistungen nach dem SGB ist. Eine unausgesprochene âDeckelungâ des Lebensstandards auf diese HÄhe ist dem SGB II insofern nicht zu entnehmen.

Ä

24

Die Kostenentscheidung beruht auf [Ä§ 193 SGG](#).

Ä

Erstellt am: 28.01.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024